

# Hallesche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1910. Nr. 328.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 203.

Bestellungspreis für Halle a. S. 2.50 Mk. durch die Postbezugsstellen für das Vierteljahr. Die halbesche Zeitung erscheint wöchentlich fünfmal. — Druck- und Verlagsanstalt: Hallesche Zeitung (Halle, Gutenbergstr. 31, Unterstadtmarkt (Sonntagsblatt), Buchh. Mittelstraße).

Zweite Ausgabe

Einzelgebühren f. d. halbesche Zeitung über deren Raum: Halle u. den Umkreis 30 Pf., auswärts 30 Pf., Bestellen am Schluß des redaktionellen Teils bis Ende 100 Pf. Postgebühren-Verzeichnis f. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditoren.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 37, Hinterhaus.  
Hing. G. Braunhauer, Telefon 158; Redaktions-Telefon 1272.  
Erlaubt: Dr. Walter Gehlen in Halle a. S.

Sonnabend, 16. Juli 1910.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburgerstraße 30.  
Telephon Amt VI Nr. 16 290.  
Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

### Ein offenes Wort an die national-liberale Partei.

Von Wolfgang Eisenhart.

Seit viereinhalb Jahrzehnten fast besteht die national-liberale Partei. Das Siegesjahr 1866 sollte auch zu einer Erneuerung und Veredlung unseres politischen Lebens führen. So spiegelte die Gründung dieser liberalen Mittelpartei den patriotischen Bestrebungen des leistungsfähigen Jahrgangs in jener Zeit wieder. Sie war recht eigentlich eine Partei des protestantischen deutschen Bürgertums, getragen und belebt von einem hochstehenden deutschen Patriotismus, der die engen Forderungen der Parteiprogramme dem edeln Drange nach einer starken nationalen Politik unterordnete, der gelernt hatte, daß der Gehalt des Vaterlandes alle Fraktionsbestrebungen beherrschend müsse.

Im seine deutsche Partei hat sich daher so viel ideale Erwartung, so großes nationales Hoffen und Sehnen gesammelt wie an den Nationalliberalismus, der so recht eine Partei nach dem Herzen des deutschen Mittelstandes war, der von ihm das Heil hoffte, der in ihm den Träger und Führer der patriotischen Bestrebungen des leistungsfähigen Jahrgangs sah. So konnte auch seine Partei sich damals rühmen, eine solche Fülle von Talenten in ihrem Schoße zu bergen. Georg von Binde, Preußens größter Parlamentarier, die Historiker von Treitschke und von Sybel, Rudolf Gneist, Mehrenpennig, von Bennigsen und Miquel und eine lange Reihe von Spezialisten mußten allein schon der neuen Partei eine durchgreifende, dominierende Bedeutung sichern, zumal gleichzeitig der Konfessionsismus eine innere Krise durchmachte und damals nicht entfernt daran denken konnte, sich mit der neuen Partei an Popularität zu messen, obgleich er doch durch seine unerwartetliche Trennung von der Partei die Durchführung der Erneuerungspolitik und damit den freigelegten Kampf gegen die Feinde deutscher Einheit ermöglicht hatte.

So konnte es nicht anders sein, als daß die Gründung des neuen Reiches, der Ausbau seiner Verfassung und Institutionen sich auf die liberalen Grundlagen vollzog, daß die Gesetzgebung der ersten zwölf Jahre ein einseitiges liberales Gepräge trug. Viele Mitglieder der Partei sind damals der ersten Überzeugung gewesen, in dieser liberalen Gesetzgebung dauernde und unzerstörbare Werte dem deutschen Volke übergeben und vermacht zu haben.

Wird man aber heute auf jenes erste grundlegende Jahrzehnt deutscher Gesetzgebung zurück, so sieht man unweigerlich, wie sehr damals auch dieser gemäßigter Liberalismus ein Kind der Theorie war und wie sehr ihm vor allem das fehlte, was allein ein fruchtbarer, dauernd erfolgreicher Eingreifen in die menschlichen Geschäfte verdirbt: eine lange Erfahrung des praktischen politischen Lebens, die unsere jungen Zustände nicht bieten konnten. Der englische Liberalismus ist der Wiederholung eines jahrhundertelangen, praktischen Arbeitens am Staatsleben, der deutsche Liberalismus war bei seinem Eintritt ins Leben ein Kind der Eindrücke, ein System doktrinarer, theoretischer Vorstellungen, dem nach das Wort der Prozedur folgte. Fast alle Gebrochen, fast alle Fehler, die der deutsche Liberalismus seit vier Jahrzehnten begangen hat, erklären sich aus dieser Quelle, viele freilich auch aus einem Charakterfehler des Deutschen, dem ein so großer Menschenkenner wie Napoleon I. sofort scharf erkannt hatte: dem Hang zur Ideologie, zur theoretischen Abstraktion. Der Deutsche wird immer dazu neigen, über dem hohen, himmelstirnenden Flügel der Theorie die tatsächlichen, realen, engen Verhältnisse des Lebens aus den Augen zu verlieren, Idealpolitik zu treiben statt Realpolitik. Hieran scheitern so viele treffliche deutsche Gelehrte in der Politik, hierdurch ist auch die ideale Bewegung des Jahres 1848 so resultatlos verlaufen. Die Kunst, die Dinge zu sehen, wie sie sind, ist die Seele aller Staatskunst. Sie verlangt bei aller Vereinerlichung für das Große und Edle einen nichternern Sinn, einen gesunden Realismus, der immer von neuem die Erkenntnisse des Lebens prüft, und scharf das Mögliche vom Unmöglichen zu unterscheiden weiß. Hier liegt aber die Schwäche des deutschen Liberalismus. Er verliert nicht jenes tiefe Geschehliche Wort auf die Politik anzuwenden, nach welchem die Summe aller Lebensweisheit darin besteht, sich zu denken an Sein, und das Sein an Denken zu prüfen. Der Liberalismus aber will die Erkenntnisse des Lebens an dem Parteiprogramm prüfen, statt das Programm nach ihnen zu ändern und fortgesetzt zu revidieren.

Dieser theoretische Zug des deutschen Liberalismus hat es mit sich geführt, daß seine Gesetzgebung so oft vor der Praxis des Lebens verlagte, daß so vieles, was er geschaffen, immer wieder umgeändert werden mußte, sobald die Lehren der Erfahrung sich einstellten. Man denke nur an die Reichsgerichtsordnung, die seit vier Jahrzehnten fast in jedem Jahre in irgend einem Teile umgeändert wird: ein erschütterndes Zeugnis, wie wenig der deutsche Liberalismus vor 40 Jahren die Praxis des wirtschaftlichen Lebens

beherrschte. Gewiß hat die nationalliberale Partei die alten Theorien der alten Wanderverleher heute überwunden und wieder gelernt, die Aufgaben des modernen Staates tiefer zu fassen, aber von dem wirklichen realpolitischen Misse für die Bedürfnisse weiterer Berufsstände ist sie immer noch in ihrer Wehrheit weit entfernt. Sie kann den Entschluß nicht fassen, mit durchgreifenden Maßnahmen den schwerfälligen Mittelständen zu Hilfe zu kommen. Sie klebt noch immer an der Theorie und kann den Punkt nicht finden, wo die Freiheit, politische wie wirtschaftliche, aus Gründen des Gesamtwohls beschränkt werden muß. Während so ihre milde Auffassung der Staatsautorität das Wachstum der Sozialdemokratie außerordentlich begünstigt, hat auf der anderen Seite ihr Verlangen in volkswirtschaftlichen Fragen zur dauernden Herrschaft des Ultramontanismus in Deutschland geführt, der, an Scharfblick für die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Mittelstände der national-liberalen Partei weit überlegen, dadurch zur herrschenden Partei in unserem doch überwiegend protestantischen Vaterlande geworden ist. Konnte doch die in ihrer Wirkung so heilsam bedachte Wiederaufrichtung der Schutzzölle für Industrie und Landwirtschaft im Jahre 1879 bei dem Verlangen des Liberalismus nur mit Hilfe der Zentrumspartei durchgeführt werden. Und wie oft hat sich dieser Prozeß wiederholt! Wir erinnern nur an die so wichtige Frage, welcher Schutz dem Kleinverleger gegen die erdrückende Konkurrenz der großen Warenhäuser zu gewähren sei und die unentschiedene, meist völlig vergebende Haltung der national-liberalen Partei dabei.

Will die nationalliberale Partei den Ultramontanismus in Deutschland entzweigen, so ist dazu unbedingt zweierlei nötig. Erstens muß sie, was führt Bismarck ihr einmal geraten hat, den Schwerepunkt ihrer Tätigkeit in die wirtschaftlichen Fragen verlegen. Sie muß sich für die Bedürfnisse der Wirtschaft interessieren, des Kleinverlegers und des Bauernstandes ihren realpolitischen Wert anerkennen, in welchem Konfessionsismus und Zentrum ihr überlegen sind. Sie muß außerdem, in einseitiger Verhängung des Großbetriebes die Lebensbedürfnisse jener so notwendigen mittleren Massen der Parteitheorie zu offen. Sie muß lernen, die Interessen der Arbeitnehmer zu schützen, und den Arbeitgebern den so nötigen Schutz zu verlegen. Sie muß lernen, daß in allen wirtschaftlichen Fragen nicht bloß die Freiheit, zu ihrem Recht kommen muß, sondern auch die Autorität, die Ordnung und die Disziplin. Dies ist für den deutschen Liberalismus die einzige Möglichkeit, den Ultramontanismus matt zu legen. Denn was hilft das Gepolter seiner Presse und Vereine gegen die Herrschaft der Partei, wenn man durch eine verkehrte Wirtschaftspolitik immer wieder die schwer um ihre Existenz kämpfenden Mittelstände dem Zentrum in die Arme treibt, wenn man durch eine falsche Behandlung der Agrarfrage, der Handwerker, ja der Mittelstandsfrage überhaupt, die Konfessionen immer wieder zwingt, Fühlung mit der ultramontanen Partei zu suchen?

Der zweite große Vorwurf aber, den man der national-liberalen Partei machen muß, ist ihr zu geringer Aufwand staatsrechtlicher Energie. Sie begibt sich nur zu oft die tiefe Wahrheit, die eins ihrer glänzendsten Mitglieder, Heinrich von Treitschke, immer wieder predigte, daß der Staat in erster Linie Macht ist, und daß diese Macht über staatsverderbliche Bestrebungen unbedingt triumphieren muß. Es ist ja bekannt, daß Treitschke einst im Jahre 1878 der nationalliberalen Partei den Rücken kehrte, als diese, nach dem ersten Antritt auf Kaiser Wilhelm I. dem Staate die Machtmittel zur Bekämpfung des Ultrismus verlor. Der Grundlag, daß die Obrigkeit das Schwert nicht umsonst führt, kommt bei der nationalliberalen Partei nicht genug zur Geltung. Der Staat aber muß auch den Entschluß finden können, wenn es not tut, die rauhe Seite herauszufahren, er muß nötigenfalls auch das „Schwertmetzen“ verstehen. Auch hier ist der englische und amerikanische Liberalismus dem deutschen in seinem theoretischen Sentimentalismus weit überlegen. Der Engländer sieht im Revolutionär einen Feind der Gesellschaft, der vernichtet werden muß. Der deutsche Liberale erblickt in ihm das Opfer einer edlen Schwärmerie, der vor allem des Mitleids, der Barmherzigkeit und Besserung wert ist. Geradezu typisch war für die Partei ihre Behandlung der Frage im berganischen Winter, welche Machtmittel dem Abgeordnetenhaus gegen frivole Exzesse jugendlicher Redner zufließen sollten. Die nationalliberale Fraktion erkannte den Vorstand an, konnte sich aber nicht entschließen, den Ausschüßern die bewusste, vom Zimmermann offen gelassene Seite zu weisen. Sollten indessen, die nationalliberale Partei es sich nochmals überlegen, ob dagegen etwas geschehen müsse. Das war erst national-liberal behandelt, hatte aber die natürliche Folge, daß die Konfessionisten, von der liberalen Mittelpartei zurückgewiesen, wieder mit dem Zentrum Fühlung suchen mußten.

Dann wird natürlich in der liberalen Presse gegen den schwarzblauen Bloß gehetzt, dessen Macht doch der Ultramontanismus allein zustande gebracht hat.

Allerdings tritt hier noch ein Moment hinzu, das man nicht verschweigen, sondern vielmals ansprechen muß. Denn es wird häufig flarer, daß die Rücksicht auf die breiten Wählermassen in ihren meist industriellen Wahlbezirken die nationalliberale Partei in ganz falsche, unmögliche Bahnen drängt, die dem ursprünglichen Gedanken einer bürgerlichen Mittelpartei völlig fern liegen. Man kann es in klaren Worten sagen: Das allgemeine gleiche Stimmrecht der deutschen Reichsverfassung droht am Rande der nationalliberalen Partei zu werden. Dieses Wahlrecht, auch recht eigentlich ein Produkt unpraktischer liberaler Sentimentalitätspolitik, welches die Entscheidung über den Gang der Gesetzgebung in die Hände der besitzlosen Lohnarbeiter legt, scheint heute die Partei in völlig radikale Bahnen, in sozialpolitische Unmöglichkeit zu führen. Da fast alle nationalliberalen Wählerfreie von der Sozialdemokratie bedroht sind, so führt jenes Wahlrecht zu einem Wettlauf mit dieser um die Gunst und das Wohlwollen der Massen, zu einer sozialpolitischen Einseitigkeit zugunsten der Arbeitnehmer, zur gabelhaften Unentschiedenheit gegenüber den Mächten des Ultrismus. In dieser abstrakten Richtung, an dieser Gefahr der demokratischen Majorität droht heute die nationalliberale Partei zu zerfallen, um so mehr, als ihr der radikalere denkende deutsche Mittelstand des Vaterlandes die Führung entzogen hat. Treitschke, der immer nur von einem abgemäßigten „Schweigen der Mittelstaaten“ zu sprechen pflegte, hat bekanntlich der Kleinrentner jede politische erzielende Kraft abgeprochen. Wir wollen das auf sich hier berufen lassen. Aber die eine Lachidee ist nicht abzuführen, daß fast in allen Ländern — man denke an Frankreich und Italien — der erste Norden dem leicht beweglichen, dem Lebensgenuss und heiterer Kunst mehr zugeneigten Süden an politischer Einigkeit und Urteilsfähigkeit, an staatlicher Gestaltungskraft überlegen ist. Darum ist es unmissverständlich, daß auch in der nationalliberalen Partei der Norden die Führung übernimmt, daß insbesondere auch hier Preußen das Schwergewicht seiner großartigen staatlich erzielenden Kraft zur Geltung bringt.

Wir Konfessionisten sind durchaus keine Feinde einer verständigen liberalen Mittelpartei. Aber wir wünschen, daß in ihr die Kräfte der Einigkeit und des klugen Maßhaltens herrschen. Ja, wir leben in einer solchen Mittelpartei einen der seltenen Dämme gegen die Gefahr der Majorität, einer weise, eines weichen, um die zugehörigen Mächte der Demokratie im Rahmen zu halten. Die nationalliberale Partei hat nur zwei Wege vor sich: entweder wieder Anschluss an die konfessionellen Parteien zu suchen, oder in einem allgemeinen Majoritätserwerbungsprozess unterzugehen. Als im Jahre 1848 ein Staatsmann zu dem jungen Bismarck sagte, die Rheinlande seien im Begriff, von Preußen abzufallen, antwortete dieser feingebildet: Wo sollen sie denn hinfallen? und zeigte mit dieser geistvollen Frage die ganze Utopie jener Verfassung. Mit der gleichen Frage möchte man die Vorgangs antworten, daß die nationalliberale Partei von dem bewährten Zusammenarbeiten mit den Konfessionellen hinfort Abstand nehmen wolle. Wo sollen sie hinfallen? Sie müssen entweder nach parlamentarischer Rezepten mit der Sozialdemokratie Fühlung suchen, das heißt politischen Selbstmord an sich vollziehen, oder sie müssen wieder den Zusammenhang mit dem Konfessionsismus herstellen.

Alles konstitutionelle Leben ist nach einem treffenden Worte Bismarcks ein fortgesetztes Kompromiß. Sehen die Nationalliberalen, wie sie so oft beteuern, im Ultramontanismus die Hauptgefahr Deutschlands, dann müssen sie auch dem Konfessionsismus auf wirtschaftlichem Gebiete Konzessionen machen, aber sie dürfen nicht wie bei der Steuer- und Wahlrechtsfrage nach jenem edel deutschen Grundlag verfahren, den derselbe große Staatsmann mit den Worten karikiert hat: „Wenn es nicht nach meinem Kopfe geht, dann tue ich nicht mehr mit!“

### Der Abschied des Herrn von Kiberten-Wächter aus Bursfelde.

Der rühmliche Minister des Auswärtigen, Duwaré, gab am Freitag, am 1. Juli, zu Ehren des scheidenden deutschen Gesandten von Kiberten-Wächter, an welchem auch der deutsche Militärattache Major von Maffien, der deutsche Konsul Legationsrat Dr. Jenckh und hohe Beamte teilnahmen. In seinem Laute sagte der Minister: Ich erlaube mir das Wohl des deutschen Kaisers. Wir bitten Sie, den Majestäten den Ausdruck unserer Ehrerbietung und der Wünsche zu fließen zu lassen, die wir für das glückliche und unvergängliche Gedeihen der Hohenzollern haben. Der Minister, Herr von Kiberten-Wächter, hat sich dem Wunsch der Kaiser übergeben und wird durch die maßgebende Empfehlung der Freunde über den neuen Reichs- und hohen Vertrauens des Kaisers, der Sie zum Staatssekretär des Auswärtigen ernannt hat. Wir sprechen Ihnen nochmals unser herzlichsten Bedauern aus über das Scheiden eines so sympathischen Vertreters des großen und mächtigen Reichs.





